

Betreff:

Umgang mit der Entwicklung von BtMG-Verstößen bei Jugendlichen - insbesondere mit Blick auf Benzodiazepine und Opioide

Organisationseinheit:

Dezernat V
51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Datum:

08.05.2025

Beratungsfolge

Jugendhilfeausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

08.05.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. April 2025 (DS 25-25555) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Der Verwaltung liegen die aktuellen Zahlen über die Entwicklung der Konsummuster bei Ratsuchenden der jugendspezifischen Drogenberatungsstelle CLEAR vor und sind als Anlage beigefügt. Insbesondere der Anstieg bei opiathaltigen Mitteln, zu denen auch Oxycodon gehört, ist besorgniserregend. Hinzu kommt der weitere Anstieg von Benzodiazepinen. Vereinzelt haben wir in verschiedenen Kontexten, wie im Allgemeinen Sozialen Dienst, dem Kinder- und Jugendschutzhaus oder in der Jugendhilfe im Strafverfahren mit konsumierenden Jugendlichen zu tun, die in der Zusammenarbeit meist sehr kooperativ sind. Besonders besorgniserregend scheint in dem Zusammenhang allerdings, dass anders als beim Konsum von illegalen Drogen, keine Problemeinsicht beim Konsum von Medikamenten besteht. Die jungen Menschen argumentieren damit, dass sie „Medizin“ einnehmen, die Erwachsenen von Ärzten verordnet werden. Oftmals ist ihnen die Gefahr des kombinierten Konsums unterschiedlicher Substanzen nicht bekannt oder bewusst. Da sich die Jugendlichen die Medikamente ausschließlich aus dem „Netz“ beschaffen, gestaltet sich die strafrechtliche Verfolgung schwierig.

Zu Frage 2:

Im Kinder- und Jugendschutzhaus sind seit April 2024 ambulant zu dem städtischen Betreuungspersonal Mitarbeitende des Paritätischen Braunschweigs eingesetzt, die mit der Expertise aus der Suchtkrankenhilfe sowohl mit den jungen Menschen Möglichkeiten aus der Abhängigkeit erarbeiten, als auch Mitarbeitende im Umgang mit konsumierenden Jugendlichen beraten. Darüber hinaus kooperiert das Jugendamt engmaschig mit der jugendspezifischen Drogenberatungsstelle.

Sollte bei einem betreuten jungen Menschen ein Suchtproblem bekannt werden, erfolgt diesbezüglich im Regelfall immer ein individuelles Vorgehen in Kooperation mit dem jungen Menschen sowie seiner Personensorgeberechtigten. Es besteht die Möglichkeit den Betroffenen bzw. seine Personensorgeberechtigten durch ambulante Maßnahmen der Hilfe zur Erziehung zur Klärung dieses Problembereiches zu unterstützen. Im Rahmen dieser Hilfeleistung wird ein individueller Maßnahmenplan erarbeitet und die Umsetzung begleitet. Hierbei unterstützt auch das Braunschweiger Hilfeportal (<https://www.braunschweig-hilft.de/hilfeportal/drogen-und-sucht/>).

Aufklärungsarbeit in Bezug auf suchtgefährdendes Verhalten wird über das Personal der betreuenden Jugendhilfeeinrichtungen konzeptionell geleistet. Es erfolgt aber auch Einzelfallorientiert und an den individuellen Bedarfslagen orientiert. Hierbei werden fachspezifische

Einrichtungen (Clear, Drobs, ggfls. Gesundheitsamt, etc.) einbezogen, um das dortige Fachwissen zu nutzen.

Zu Frage 3:

Seit Januar 2024 sind 42 Fachkräfte zur Stärkung von psychischer Gesundheit und Wohlbefinden an Schulen qualifiziert worden, davon sind 15 städtische Mitarbeitende. Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an den weiterführenden Schulen sowie weitere Fachkräfte aus Jugendförderung, Kinder- und Jugendpsychiatrischem Dienst und DROBS wurden innerhalb von zwei Wochen für die Durchführung des Präventionsprogramms „LARS&LISA“ qualifiziert. Das von Psychologen entwickelte Training wird in der „Grünen Liste Prävention“ als sehr wirksam zur Prävention psychischer Erkrankungen empfohlen. Ziel ist eine Stärkung von Resilienzen, das Training von Fähigkeiten und die Vermeidung emotionaler Beeinträchtigungen bei Jugendlichen.

Notwendig erscheinen darüber hinaus weitere präventive Angebote in Schulen sowie Jugendfreizeiteinrichtungen, die durch Träger der Suchtkrankenhilfe ausgeführt werden sollten.

Aufklärungsarbeit zu Suchtmitteln erfolgt durch verschiedene Programme durch das Gesundheitsamt in Schulen. Ebenso arbeitet die Polizei im Bereich der Jugendprävention sowie auf Anforderung die o.g. Drogenberatungsstellen mit Schulen zusammen.

Dr. Rentzsch

Anlage/n:

Entwicklung der Konsummuster CLEAR